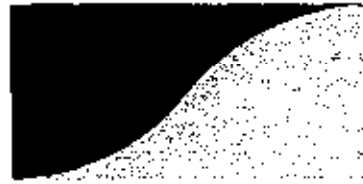


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 pabr d



Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski
MdB zum Kampf gegen
den Terrorismus: UNO
braucht eine GSG 9.

Seite 1

Hans Böhler MdB, Ob-
mann der SPD-Fraktion
im Ausschuß für inner-
deutsche Beziehungen
des Deutschen Bundes-
tages, zu den Widersprü-
chen des Franz Josef
Strauß: Hauptsache,
es schadet Kohl.

Seite 3

Dokumentation
Der ehemalige DGB-Vor-
sitzende und SPD-Euro-
paabgeordnete Heinz
Oskar Vetter hat in einer
Gedenkstunde für die
Opfer des Nazi-Ter-
rors in Rieseberg bei
Braunschweig gefor-
dert, die Lehren der Ge-
schichte immer wieder
neu zu begreifen. Wir do-
kumentieren heute Teil
II und Schluß seiner Re-
de.

Seite 5

40. Jahrgang / 130

12. Juli 1985

Kampf gegen den Terrorismus

Anmerkungen zu einem Aufruf des amerikanischen Präsidenten

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat die Welt zur Bekämpfung des Terrorismus aufgerufen. Wir müssen diesen Aufruf sehr ernst nehmen. Der internationale Terrorismus ist eine der schlimmsten Geiseln der Menschheit. Unsere Erfahrungen in diesem Bereich sind eindeutig. Ich möchte sie in wenigen Punkten zusammenfassen.

1. Oft sind lange schwelende, große und gefährliche Konflikte die Ursachen für Terrorismus. Also ist das Beilegen von Konflikten von größter Bedeutung für die Bekämpfung des Terrorismus. Der Konflikt im Nahen Osten ist ein ganz besonderer Beweis dafür.
2. Von entscheidender Bedeutung ist die Sicherheit der Flughäfen und der Flugzeuge. Der Staat, der seine Flugplätze nicht sichert, muß mit internationalem Boykott rechnen. Die Frage der bewaffneten Flugbegleiter ist nicht politisch zu entscheiden. Für ihre Beantwortung ist ausschließlich die Sicherheit der Flugplätze maßgebend. Sorgen bereitet immer wieder das Einschlafen von Sicherheitsmaßnahmen auf Flugplätzen und in Flugzeugen, weil "ja so lange nichts passiert ist".
3. Verhandelt werden muß nahezu immer. Dabei darf man sich nie erpressen lassen. Auch hier wird die Frage der Verhältnismäßigkeit der Mittel immer von besonderer Bedeutung sein.
4. Das Risiko für Terroristen muß so groß wie nur möglich sein. Unsere Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes (GSG 9) trägt zum Risiko der Terroristen in hohem Maße bei.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos versandt
bei einem Abonnement
Regulär-Preis



5. Von entscheidender Bedeutung ist die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus. Die "Landshut" im Jahre 1977 hat auf dem Kaperflug sieben Flugplätze in sieben verschiedenen Staaten in Anspruch genommen. Da half nur die internationale Zusammenarbeit. Welcher Staat läßt gerne fremde Polizei in seinem Lande zum Einsatz kommen? Wir brauchen eine GSG 9 bei den Vereinten Nationen, allerdings ohne das Vetorecht im Weltsicherheitsrat und ausschließliche zur Bekämpfung des Terrorismus in der Welt.
6. Bestrafung von Terroristen muß sein. Aber Rache und Vergeltung sind keine Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus. Sie trifft Unschuldige und löst keine Konflikte. Rache und Vergeltung tragen auch nicht zur Lösung von Konflikten bei.

Es hilft auch nichts, wenn die beiden Weltmächte Vorwürfe gegeneinander erheben. Zur Bekämpfung des Terrorismus in der Welt müssen beide ihren Beitrag leisten. Reagan und Gorbatschow sollten auch darüber in Genf miteinander reden.

Im Falle des Libanon muß ich dringend von einem Boykott des Flugplatzes in Beirut abraten. Krieg und Bürgerkrieg im Libanon dauern nun mehr als zehn Jahre. Die Menschen in diesem Lande haben darunter leiden müssen und leiden noch immer darunter. Die Regierung ist ohne Macht. Der Konflikt muß gelöst werden, daß ist die entscheidende Frage. Bis dahin kann ich mir durchaus vorstellen, daß die Truppen der Vereinten Nationen, die im Libanon stationiert sind, die Verantwortung für die Sicherheit des Flughafens von Beirut übernehmen. Die Terroristen bestrafen, den Flugplatz sichern und um die Beilegung des Konflikts ernstlich bemüht sein: das sind die Aufgaben, die zu lösen sind.

Es ist unbestritten, daß das Verhältnis der Staaten zum Terrorismus unterschiedlich ist. Präsident Reagan hat einige Staaten namentlich genannt und angegriffen. Ich habe erhebliche Zweifel, ob er der geeignete Richter ist. Die Verminung der Häfen von Nicaragua mit Hilfe des CIA war übelster Terrorismus. Auch das hat die Welt nicht vergessen.

Wir werden den Terrorismus nicht ausrotten können. Aber wir werden ihn entscheidend zurückdrängen können, wenn wir darum bemüht sind, Konflikte beizulegen, wenn jeder Staat seine Pflicht für die Sicherheit erfüllt und wenn wir über internationale Zusammenarbeit nicht nur reden, sondern endlich auch handeln.

(-/12.7.1985/rs/ks)

+ + +



Strauß und seine Widersprüche

Der CSU-Chef nimmt jeweils die Position ein, mit der er Kohl am besten schaden zu können glaubt

Von Hans Büchler MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages

In den letzten Monaten zeigte sich immer deutlicher, daß der Einfluß von Franz Josef Strauß in allen Bereichen der Politik zunimmt. Es lohnt sich fast nicht mehr, sich mit dem Bundeskanzler Kohl auseinanderzusetzen. Politische Strömungen und auch Entscheidungsprozesse werden heute weitestgehend vom bayerischen Ministerpräsidenten beeinflusst.

Ganz deutlich ist dies jüngst auf dem kleinen Parteitag der CSU in Nürnberg geworden. Mit der Forderung, "den Muff der Doppeldeutigkeit" zu verlassen, hat Strauß mit Sicherheit im Sinn, die Union nach rechts zu führen. Von den anfänglichen positiven Ansätzen in der Deutschland- und Ostpolitik ist nichts mehr übrig geblieben. Deshalb sollten wir uns mehr mit den Widersprüchen des Franz Josef Strauß befassen. Stoff hierfür bietet unter anderem eine Rede, die Strauß am 12. Juni 1985 in der Bayerischen Landesvertretung in Bonn hielt.

Er forderte einerseits eine Wiederbelebung des nationalen Geschichtsbewußtseins, und erklärte andererseits den Nationalismus zum Totengräber der europäischen Kultur. Er erklärte die Grenzen in Europa zu einer zweitrangigen Frage und unterstrich andererseits deutsche Rechtspositionen, die in sich zum Beispiel die Westgrenze Polens in Frage stellen. Er betonte, schon immer der Freiheit Vorrang vor dem Ziel der deutschen Einheit gegeben zu haben und, er wisse - er bezieht sich hier auf Adenauer -, daß es keinen sicheren Weg zu einer Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit in berechenbarer Zeit geben wird.

Seine Behauptung, zwischen den tradierten Rechtspositionen einerseits und seiner, Straußens, Absage an den Nationalstaat bestünde kein Widerspruch, kann die tatsächliche Unvereinbarkeit seiner Vorstellungen nicht verdecken.

Er betonte die im Deutschlandvertrag von 1952, Artikel 7, formulierte Anschlußkonzeption als Weg zur deutschen Einheit. Er betonte, daß ein Friedensvertrag mit dem wiedervereinigten Deutschland geschlossen werden müsse. Er bestritt die politische Bindungswirkung der von beiden deutschen Staaten geschlossenen Verträge mit Polen über die Anerkennung beziehungsweise die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze. Und er stellte dem Warschauer Vertrag die Position der juristischen Fortexistenz des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 gegenüber.

So bietet er allen etwas, nur die Logik kommt zu kurz.

Er sagte zum Beispiel nicht, daß es heute noch viel weniger Möglichkeiten zur Veränderung der sowjetischen Machtposition gibt, die er als Ursache der Aussichtslosigkeit für ein in Freiheit vereinigtes Deutschland betrachtet. Folglich hat er - außer der richtigen Forderung, wir müßten durch Kontakte das Bewußtsein erhalten, daß die Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR Deutsche sind und, wir müßten die Verflechtungen und Verbindungen zwischen beiden deutschen Staaten ausbauen, nicht zuletzt auch im Dienste der nötigen menschlichen Erleichterungen - keinen Weg aufgezeigt, wie man in der tatsächlichen Situation für Einheit in Freiheit eintreten kann.

Tatsächlich ist zum Beispiel die Anschlußkonzeption - Wiedervereinigung durch Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland - eine Behinderung für den Ausbau des Geflechts von Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Wenn die alte Beobachtung stimmt, daß gerade autoritäre Regime vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung von außen und die Infragestellung ihrer Herrschaft in aller Regel als Vorwand zur Disziplinierung der Beherrschten benutzen, wird die Anschlußkonzeption zu einem Instrument, die den Menschen in der DDR mehr Freiheiten vorenthält.

Ich hoffe nicht, daß das C im Namen der konservativen Partei bedeuten soll, man wolle nach dem Muster konservativer Kreise die unbefriedigende Gegenwart lediglich, durch eine Verheißung auf spätere Besserung nur erträglicher machen, ohne die Gegenwart selbst zu verändern.

Wir Sozialdemokraten wollen, daß die Menschen, die unter kommunistischer Herrschaft leben, auch jetzt schon so viele Freiheiten erhalten, wie irgend möglich. Wir meinen, daß wir deshalb keine Vorwände für autoritäre Regimes, für die Unterdrückung der Freiheit bieten dürfen, und daß wir zugleich auf den dafür vorgesehenen Wegen auf Erleichterungen drängen müssen.

Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, daß diese Wege erst geschaffen werden mußten. Außer mit der Sowjetunion gab es 1969 mit keinem Ostblockstaat diplomatische Beziehungen.

Die Widersprüche und die Unfähigkeit der gesamten Union, mit ihnen politisch vernünftig umzugehen, sind den unseres Erachtens nötigen deutschlandpolitischen Gemeinsamkeiten zwischen Regierung und Opposition nicht förderlich. Wir bemühen uns trotzdem um das Zustandekommen einer von Koalition und SPD-Opposition gemeinsam getragenen Entschließung zur Deutschlandpolitik.

Für Strauß scheinen die Widersprüche einen besonderen Vorteil zu haben. Er kann immer wieder mal den einen, mal den anderen Aspekt betonen, gerade so, wie es Bundeskanzler Kohl gerade am besten schadet.

Der Kanzler selbst ist Getriebener. Ständig gehetzt zwischen Dr. Dregger und Gefolgschaft der einen Seite und seinen eigenen sachkundigen Beratern und jenen aus dem Auswärtigen Amt auf der anderen. Er ist zu schwach, um eine eigene klare Linie zu entwickeln. Nicht zuletzt Franz Josef Strauß macht das immer wieder deutlich.

(12.7.1985/rs/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

Heinz Oskar Vetter: Die Lehren der Geschichte immer wieder neu begreifen (Teil II)

Der frühere Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der SPD-Europapolitiker Heinz Oskar Vetter, hat dazu aufgerufen, die Lehren aus der Geschichte immer wieder neu zu begreifen und dem erstarkenden Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten. Wir dokumentieren die Ausführungen Vettters, die der Politiker am 4. Juli zur Erinnerung an die Opfer des Nazi-Terrors in Rieseberg (DGB-Kreis Braunschweig) machte, - in zwei Teilen - im Wortlaut.

Ohne bewußt gelebte Gegenwart ist die Vergangenheit umsonst gewesen. Deshalb ist es unsere Pflicht, den Blick zu schärfen für das, was um uns herum geschieht. Es kann nicht bei akademischen Vergleichen zwischen heute und damals bleiben, wo sich doch für den Wachsameren durchaus Parallelen aufdrängen. Sicher, die Bundesrepublik Deutschland hat andere Voraussetzungen als der Weimarer Staat. Und deshalb sind oberflächliche Vergleiche zu damals nicht haltbar. Aber wenn Politiker heute schon zu ähnlichen Lösungsmustern greifen und glauben, damit den Anforderungen unserer Zeit gerecht zu werden, zeugt das nur davon, daß sie aus der Geschichte nichts gelernt haben.

Sicher ist nach 1945 Wesentliches nicht so gelaufen, wie wir Gewerkschafter und Sozialdemokraten uns das vorgestellt haben. Obwohl sich damals eine zeitlang alle demokratischen Gruppen einig waren. Ich erinnere dabei an das Ahlener Programm der CDU, in dem es hieß: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden... Als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen." Diese Vorstellungen eines neuen demokratischen Deutschlands waren die ersten Lehren und Konsequenzen, die die Deutschen nach dem Kriege unter dem Eindruck von Faschismus und Krieg, von Zerstörung, Hunger und Vertreibung gezogen haben.

Ich bin der Überzeugung, hätten die Christdemokraten, die im Jahre 1949 die erste Regierung bildeten, dieses Programm durchgesetzt, dann hätte die Bundesrepublik eine andere und ganz sicher aber eine politisch und sozial gefestigte Entwicklung genommen. Und auch heute, vierzig Jahre danach, müssen wir immer neu die Lehren der Geschichte begreifen, die befolgt werden müssen, wenn wir eine solidarische Gesellschaft und unser demokratisches Staatswesen erhalten und entwickeln wollen. Die erste Lehre heißt: Wehret den Anfängen. Die zweite deutsche Demokratie beweist bis heute Stabilität und Überlebensfähigkeit. Die Ewiggestrigen, die nichts gelernt haben und nicht lernen wollen, sind bis heute nicht dazu gekommen, die braune Bewegung wiederzubeleben. Aber es gibt am Rand unserer Gesellschaft militante und aggressive Erscheinungen neonazistischer Aktivitäten. Sie sind sicherlich nicht repräsentativ und haben auch keine Massenbasis. Aber das hatten die Nazis zu Beginn auch nicht.

Wir, die wir heute hier auf dieser blutbefleckten Erde stehen, haben einen Anspruch darauf, daß man auf uns hört. Daß die deutsche Demokratie, und alle diesen Staat tragenden Kräfte die Lehre beherzigen, daß aus kleinen Anfängen die große zerstörerische Gewalt entstehen kann. Wir wollen entschlossen dafür eintreten, daß diesen Gruppen das Handwerk gelegt wird. Es ist wahr: Vierzig Jahre danach wird im Vereinsregister der Stadt Stuttgart der Kameradschaftsverband der ehemaligen Waffen-SS als gemeinnützig anerkannt. Vierzig Jahre später gehen bundesdeutsche Finanzbehörden davon aus, daß die Betätigung der SS-Kameradschaftsverbände darauf abgestellt ist, "die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern", während gleichzeitig die gleichen Finanzbehörden Verbänden der Nazi-Verfolgten die Gemeinnützigkeit aberkennt.

Wir kämpfen nicht mit allen Mitteln gegen den sogenannten Linksterrorismus, um auf dem rechten Auge dann blind zu bleiben. Erst vor einigen Wochen konnten wir wieder erleben, mit welcher Brutalität Menschen zu Tode kamen. Das, was sich vor einigen Wochen im Brüsseler Fußballstadion Heysel zugetragen



hat, war kein Zufall. Ermittlungen haben ergeben, daß neo-nazistische Gruppen in die Randalen von Brüssel verwickelt waren. Dieses Ereignis in Brüssel ist nur die Spitze des Eisbergs gesellschaftlicher Verhältnisse; daß viele Menschen für sich keine Zukunft mehr sehen und deshalb anfällig werden für neo-nazistische Aktivitäten. Verbote allein genügen nicht. Unsere Aufgabe muß es sein, jungen Menschen wieder eine Zukunft zu geben und dafür zu sorgen, daß sie Bedingungen vorfinden, in die sie sich einbringen können und denen sie sich als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft entfalten können. Dazu gehört Arbeit und Ausbildung. Dazu gehören aber auch Anerkennung und die Vermittlung gesellschaftlicher Ziele, für die es sich einzusetzen lohnt.

Die zweite Lehre ist: Wir haben die Pflicht, dem zu begegnen, was sich in der Bundesrepublik unseren ausländischen Bürgern gegenüber entwickelt. Wieder wird an die niederen Instinkte gerührt und wieder werden Schandparolen an die Mauern geschmiert und jeder kann sie lesen: "Türken raus". Oft würde schon ein bißchen Zivilcourage genügen, solchen ausländerfeindlichen Parolen, sei es in der täglichen Unterhaltung, am Arbeitsplatz oder auf der Straße, entgegenzutreten. Wir dürfen es nicht zulassen, daß Fremdenfeindlichkeit zum allgemein akzeptierten Erscheinungsbild unserer Republik zu werden droht. Auch von Seiten der offiziellen Regierungspolitik wird so getan, als könnten die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Bundesrepublik dann gelöst werden, wenn man die ausländischen Arbeitnehmer in möglichst großer Zahl zurückführt und einen absoluten Einreisestopp für Ausländer erläßt. Damit sind die Flüchtlinge und Asylbewerber gemeint, die in ihren Ländern verfolgt und gelyncht werden.

Gerade diese Gruppen von Flüchtlingen, die Tamilen, die Kurden, die aus Vietnam, aus Eritrea und Südafrika, kommen ja keineswegs freiwillig zu uns. Sie sind in den letzten Monaten einer Propaganda ausgesetzt, die unserer nicht würdig ist - wenn wir daran denken: Die Nazis haben Hunderttausende vertrieben, die von unseren europäischen Nachbarn aufgenommen wurden -, dann stehen wir in der Pflicht und europäischen Tradition, jenen Menschen zu helfen, die aus rassistischen, politischen und religiösen Gründen verfolgt werden.

Die dritte Lehre, und ich denke dabei auch an die sechs Millionen Arbeitslosen am Ende der Weimarer Republik, ist: Die Arbeitslosigkeit kann nicht durch vermehrten Sozialabbau und mit Einschränkung von Arbeitnehmerrechten überwunden werden. Ohne Vergleiche mit der Weimarer Zeit ziehen zu wollen, sollten wir uns daran erinnern, daß die Forderungen des Krisenkongresses der freien Gewerkschaften im April 1932 - genau wie heute die vom DGB seit 1977 - auf die brüske Ablehnung der Regierung, der Wirtschaft und die hochnäsige Belehrung kapitalistischer Theoretiker und Zeitungleute gestossen sind. Arbeitszeitverkürzung, öffentlicher Verkehr, Gesundheit der Landwirtschaft und Umwelt, waren bereits vor 50 Jahren die Kernelemente gewerkschaftlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme.

Was wir heute haben, ist kapitalistische, menschenverachtende und keineswegs die den Wählern versprochene sozialverpflichtete Marktwirtschaft. Die Bundesregierung läßt 2,5 Millionen Menschen ohne Zukunft, die aber treiben in die Arme jener, die wieder ihr braunes Süppchen kochen wollen. Mit wohlklingenden Gesetzesnamen wie zum Beispiel Beschäftigungsförderungsgesetz oder Minderheitenschutz für Betriebsräte oder auch die Erfindung des Familienministers mit seiner Stiftung "Mutter und Kind" tragen nicht dazu bei, Menschen wieder in Arbeit zu bringen, den Arbeitnehmern mehr Rechte zu gewähren oder gar Familien mit Kind zu helfen. Hier werden soziale Errungenschaften angepriesen, die überhaupt keine sind. Ich will uns ausdrücklich daran erinnern: In Artikel 20 unseres Grundgesetzes steht ausdrücklich: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." Das ist ein Verfassungsauftrag. Wir haben das Sozialstaatsprinzip in unserer Verfassung verankert. Jeder Politiker, der dieses Prinzip mißachtet, ist gegen unsere Verfassung und somit gegen die Grundlagen demokratischer Ordnung in unserer Republik.

Die letzte und nicht unwichtigste Lehre läßt sich in nichts treffender und deutlicher zusammenfassen, als in einem Wort von Willy Brandt. Willy Brandt, ein Mann, der den Nazis in jungen Jahren widerstanden hat, der im nationalen wie internationalen Bereich eine hohe politische Moral für sich in Anspruch nehmen kann, stellt uns allen die Forderung: "Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen." Wer das ernst nimmt, der tritt für Abrüstung ein. Wer das ernst nimmt, der ersetzt nicht Friedenspolitik durch Raketenzählerei in Ost und West. Wer das ernst nimmt, der widersetzt sich den Plänen, die Aufrüstung im Weltall fortzusetzen. Und wer das ernst nimmt, begreift, daß wir um unser selbst und unserer Kinder willen Mahnmale in Erinnerung halten müssen, wie dieses - hier und heute. (-/12.7.1985/rs/ks)

+ + +

